



Erklärung des Vorstandes des ver.di-Bundeserwerbslosenausschusses zur Entwicklung der Energiepreise 2021

Die Preise für Erdgas und Strom in Europa sind in die Höhe geschneit. Nach den Lockdowns zur Eindämmung des Coronavirus dürfte sich die Energiekrise in diesem Winter auf die Rechnungen der Verbraucher*innen auswirken.

Die Kosten für Energie sind momentan sechsmal so hoch wie im letzten Jahr und Expert*innen zufolge werden sie weiter steigen und vor dem Frühjahr 2022 auch nicht fallen.

Die Regierungen bemühen sich, Verbraucher*innen durch Subventionen und Steuersenkungen zu entlasten. Doch Verbraucherschützer schlagen Alarm: In einigen Ländern wird der Strom so teuer, dass einkommensschwache Menschen sich das Heizen in diesem Winter nicht leisten können.

Angesichts steigender Energiepreise und des nahenden Winters machen sich rund 80 Millionen Menschen in Europa Sorgen über die nächste Strom- oder Gas-Rechnung. Dazu könnten die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie dieses Problem noch verschlimmern.

Wie viele Menschen in Deutschland unter Energiearmut leiden, wird in keiner amtlichen Statistik erfasst. Ca. 20 Prozent der Bevölkerung sind nach exemplarischen Berechnungen der Verbraucherzentrale NRW gezwungen, mehr als 13 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für Energiekosten (Strom, Wärme und z. T. Treibstoff) aufzuwenden.

Jetzt ist die Politik gefragt, insbesondere die neue Regierung, den von der Energiearmut betroffenen Menschen kurzfristig und nachhaltig zu helfen. Dabei handelt es sich nicht nur um die Empfänger*innen von Sozialleistungen, sondern es betrifft ganz erheblich mehr Haushalte.